

Linke nicht EU-tauglich

Für die Linkspartei ist die Welt mal wieder einfach: Europa? Zu wenig sozial, dagegen - fertig! Aber so wird Europa nicht bewegt, meint Michael Wendt.

Seite 2

Unbedingt „pro Ethik“ stimmen!

Die Neuköllner Jugendstadträtin Gabi Vonnekold will, dass Kinder gemeinsam im Fach Ethik religiöse, kulturelle und demokratische Werte lernen.

Seite 3

Strategien für Neukölln

Erste bündnisgrüne Neuköllnkonferenz diskutiert über Handlungsschritte zur Lösung der sozialen und sozial-ethischen Probleme von Nordneukölln.

Seite 6

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 168, II /2009

Zur Europa-Wahl:

Grüner New Deal für Jobs und Klimaschutz

Politik für unsere Zukunft - für Europa

Von Michael Cramer, Mitglied des Europa-Parlamentes



Es ist offensichtlich: Klimaschützer haben es schwer, seit die Wirtschaftskrise wütet. Die Bundesregierung verteilt Geldgeschenke an jeden Autokäufer – egal, ob er wenigstens einen sparsamen Kleinwagen oder einen klimakillenden Porsche kauft. Steuer-Milliarden fließen in die Aufrechterhaltung der PS-Industrie, Bedingungen im Interesse des Umweltschutzes knüpft man daran nicht.

Im Gegenteil: EU-Industriekommissar Verheugen fordert eine ‚Regulierungspause‘ für die Autoindustrie – angesichts der Krise seien weitere Öko-Auflagen unangemessen.

Strenge EU-Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Neuwagen haben er und die Kanzlerin ohnehin verhindert. ‚Klimawandel‘ scheint urplötzlich aus dem Vokabular der Mächtigen getilgt. Aber ist es denn wirklich notwendig, auf die Krise mit ökologischer Verantwortungslosigkeit zu reagieren?

Weichen stellen...

Wir Grünen denken da anders. Denn gerade jetzt, da die Staaten enorme Summen in die Hand nehmen, um die Wirtschaft mit öffentlichen Ausgaben wieder in Fahrt zu bringen, müssen sie die Weichen für mehr Klimaschutz stellen. Mit Investitionen in Wärmedämmung und Energieeinsparung, in den öffentlichen Nahverkehr und die Verbesserung des europäischen Schienennetzes. Das ist unser Vorschlag für einen Weg aus der Krise, – für einen ‚Green New Deal.‘ Gerade beim Schienennetz gäbe es viel zu tun in der EU. So sind viele Verbindungen in die neuen östlichen Mitgliedsstaaten in einem beklagenswerten Zustand. Investitionen hier dienen nicht nur dem Zusammenwachsen Europas, sie sind umweltpolitisch von zentraler Bedeutung. Denn mit welchen Transportmitteln das europäische Verkehrsaufkommen in Zukunft weiter wachsen wird - mit der klimafreundlichen Bahn oder, wie bisher, mit LKW und Flugzeug - ist eine Schlüsselfrage für die Bekämpfung des Klimawandels. Ein knappes Drittel des CO₂-Ausstoßes in Europa verursacht der Verkehr. Um 30 Prozent haben die Emissionen in diesem Bereich

seit 1990 zugelegt. Die mit großem Aufwand erzielten Reduktionen im Industriesektor wurden dadurch mehr als wettgemacht. Die logische Folgerung: Die Bahn müsste von der Politik besonders gefördert werden. Das Gegenteil aber ist der Fall. Noch immer besteht die Steuerbefreiung auf Flugbenzin – das sind in der EU jedes Jahr 14 Millionen Euro. Sie war einst dem jungen Luftverkehr als Anschubfinanzierung zugeordnet. Die Bahn hingegen zahlt für ihren Diesel Mineralölsteuer und ist zudem auch noch durch den Stromkauf am Emissionshandel beteiligt. LKW zahlen in machen EU-Staaten nur auf der Autobahn Mautgebühren, in anderen Staaten gar keine. Die Bahn hingegen muss - so schreibt es die EU vor - für jede Lokomotive auf jedem Streckenkilometer in Form der Trassenpreise eine Maut erheben. Das Gros der EU-Fördermittel für regionale Verkehrsprojekte geht dennoch stets in den Straßenbau.

Viele wichtige Schritte

Wir Grüne im Europäischen Parlament wollen diesen Unsinn stoppen und zumindest faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den unterschiedlichen Verkehrsträgern

herstellen. Viele wichtige Schritte wurden seitdem erreicht. So stimmte das Parlament 2007 der Empfehlung meines „Berichtes zum 1. Eisenbahnpaket“ zu, fortan mindestens 40 Prozent der EU-Ko-Finanzierung im Verkehr in die Schiene fließen zu lassen. Darüber hinaus haben wir die Einführung europaweit gültiger Fahrgastrechte erreicht. Und mit der Einführung eines europaweit gültigen Lokführerscheins – Lok und Lokführer sind bisher noch bei jedem Grenzübergang auszuwechseln – ist die Grundlage für ein einheitliches europäisches Schienennetz gelegt worden. So wird der internationale Bahntransport billiger und konkurrenzfähiger.

Doch entscheidend bleibt, wo die knappen öffentlichen Gelder investiert werden. Beschämend ist, dass ausgerechnet Berlin sich weigert, den Ausbau des ÖPNV mit EU-Geldern voranzutreiben. Stattdessen baut man lieber Autobahnen. So bleiben sinnvolle Projekte wie die Anbindung des Märkischen Viertels an das Ostberliner Straßenbahnnetz oder die Straßenbahn von Friedrichshain zum Hermannplatz auf der Strecke. Dabei wäre es einfach, von der EU dafür Fördermittel zu erhalten.

Die Produkte von heute sind morgen nicht mehr wettbewerbsfähig. Wir Grüne wollen mit dem Grünen New Deal Arbeitsplätze für die Zukunft sichern und das Klima schützen. Wann, wenn nicht jetzt, ist das möglich. Denn wir wissen: Den Klimawandel, die Ressourcen- und Energiekrise kann man nur zusammen lösen. Wer den Kampf gegen den Klimawandel für Luxus erklärt, hat auch den Kampf um die Jobs von morgen verloren. Deshalb brauchen wir den Grünen New Deal!

Was die Grünen wollen...

Wir GRÜNE möchten Sie für drei Dinge gewinnen:

- an der Europawahl am 7. Juni 2009 teilzunehmen,
- bei dieser Wahl GRÜN zu stärken
- und sich selbst darüber hinaus für die Gestaltung Europas zu engagieren!

Europa hat mehr Einfluss, als es den meisten Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist.

Viele der globalen Probleme, die uns alle betreffen, können nur von der Europäischen Union gelöst werden. Herausforderungen wie Klimawandel und Energiesicherheit, die Weltfinanzkrise, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, gerechter Welthandel, Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus kann heute kein Staat mehr alleine bewältigen.

Doch dafür braucht es eine andere Politik in Europa.

Deshalb am 7. Juni GRÜN wählen!
Gut für Europa und gut für Neukölln.

Neuköllns schöne Seiten

Europa in Neukölln - Neukölln für Europa

EU-Städtepartnerschaften: Mehr als ein Alibi



Hammersmith-Fulham
England



Marino
Italien



Zaanstad
Niederlande



Boulogne-Billancourt
Frankreich



Prag - Stadtteil 5
Tschechien



Anderlecht
Belgien



Usti nad Orlici
Tschechien

Die ersten Städtepartnerschaften des Bezirks Neukölln sind im Juni 1955 begründet worden, und zwar mit den Städten Anderlecht, Boulogne-Billancourt, Hammersmith-Fulham und Zaanstad. Besonders die Partnerschaften mit internationalen Städten hatten die Aufgabe, nach der Überwindung der Folgen des Zweiten Weltkrieges sowie der Teilung Berlins die Anbindung West-Berlins an das westliche Europa aufrecht zu erhalten. Später - nach dem Fall der Mauer - traten die alten, vierzigjährigen Beziehungen zunehmend in den Hintergrund. Bundesdeutsche und westeuropäische Städte bzw. Kommunen suchten den Kontakt mit solchen in der ehemaligen DDR oder in Ost-Europa. Auch Neukölln verhielt sich in diesem Sinne: Bereits am 6. November 1989 (!) wurde nach einer Reise von Mitgliedern des Bezirksamts und der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung eine Partnerschaft mit UstinadOrlici begründet. Neuköllns hatte und hat zu dieser Stadt eine besondere Beziehung: Sie gilt als Heimat der böhmischen Glaubensflüchtlinge, die sich im böhmischen Dorf in Rixdorf ansiedelten... Daneben galten Aufmerksamkeit und Unterstützung des Bezirks nach der Wende auch dem Nachbarbezirk

Treptow, dem südlichen Umland von Neukölln und der Stadt Puschkin bei St. Petersburg.

Die frühen Bemühungen des Bezirks Neukölln, „Europa auf sich zukommen zu lassen“ blieben nicht unbeachtet: So wurde dem Bezirk schon 1987 der Europapreis des Europarates für sein besonderes Bemühen um die europäische Einigung im Rahmen seiner aktiven Städtepartnerschaftsarbeit verliehen.

Neukölln, mit Einwohnern aus über 160 verschiedenen Nationen, leistet seit Jahren mit innovativen Modell-Projekten einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration, zur nachhaltigen Stadtentwicklung sowie zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Europarat und die Europäische Kommission haben daher Neukölln als einzige deutsche „Stadt“ ausgewählt, gemeindam mit 11 anderen europäischen Städten „interkulturelle Strategien“ zu entwickeln.

Für den Europarat ist Neukölln „der Blick in die Zukunft“. Und: „Die Interkulturalität, die hier bereits Normalität ist, wird in einigen Jahren die Realität vieler Städte ein.“

Auf gute Partnerschaft, Europa! Auch Städtepartnerschaften zählen zu Neuköllns schönen Seiten. jüb

...übrigens:

Der
Neuköllner Stachel

ist auch online verfügbar:
www.gruene-neukoelln.de

Michael Cramer, Mitglied des
Europa-Parlaments:

Bericht aus Brüssel



Unsere Idee von Mobilität

Der Verkehr ist der Schlüssel, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen. Die Emissionen haben seit 1990 um 30 Prozent zugenommen und damit die milliardenschweren Bemühungen in anderen Bereichen mehr als aufgeessen. Ökologisch, sozial und kundenfreundlich – das ist unsere Idee von Mobilität. Nicht zuletzt auf vehementen Druck von uns Grünen beschloss die Europäische Union 2007 endlich verbindliche Entschädigungsregelungen im Bahnverkehr. Demnach haben Fahrgäste das Recht auf eine anteilige Rückzahlung des Ticketpreises, wenn ihre Reisezeit sich wegen Zugverspätungen um mehr als eine Stunde verlängert. Auch wenn dies bisher nur für Langstrecken gilt, so gelang es gegen alle Widerstände der Bahn-Lobbyisten, den Einstieg in verbindliche Regelungen EU-weit zu schaffen.

Im Europäischen Parlament haben wir nicht nur für Regress-Ansprüche für Bahnkunden gesorgt, wir Grüne haben auch durchgesetzt, dass alle Bahnunternehmen eine leichte Ticketbuchung und Streckenfindung für ihre Kunden garantieren müssen. Dadurch wird Bahnfahren kundenfreundlich und transparent – gerade auch im Vergleich zum klimaschädlichen Flugverkehr.

Wir Grüne denken Mobilität über den einzelnen Verkehrsträger hinweg. Für uns ist es daher ein Erfolg, dass es gelungen ist, den Druck auf die Deutsche Bahn in dieser Legislatur massiv zu erhöhen, damit auch sie endlich in allen Fernzügen (inklusive ICE) die Fahrradmitnahme ermöglicht. Mit Eurostar, Thalys und TGV haben bereits drei Hochgeschwindigkeitsgesellschaften reagiert und ermöglichen die Fahrradmitnahme. Nach der Initiative des Europäischen Parlaments haben sich auch Bundestag und Bundesrat von diesem Standpunkt überzeugen lassen. Ein Erfolg, der zeigt, wie europäische Politik der einzelnen Bürgerin und dem einzelnen Bürger vor Ort hilft.

move green



Zur Europa-Wahl:

Linkspartei nicht europatauglich!

Gemeinsames Europa für globale Gemeinsamkeit

von Michael Wendt

Zwischen November 2007 und Juni 2008 fällte der Europäische Gerichtshof gleich vier Urteile, die den Unternehmerrechten Vorrang vor den Rechten der Arbeitnehmer einräumt. Ganz sicher vier bittere Urteile. In einer Resolution hat das Europäische Parlament darauf reagiert und fordert, dass die „wirtschaftlichen Freiheiten, wie sie in den Verträgen verankert sind, so ausgelegt werden, dass sie nicht die Wahrnehmung grundlegender Sozialrechte beeinträchtigen,...“ Auch wenn die Resolution keinen verbindlichen Charakter hat, ist sie doch ein Hinweis auf das Ringen um eine soziale Ausgestaltung der Europäischen Union. Auch darum geht es bei den kommenden Europawahlen.

Für die Linkspartei ist die Welt - in diesem Fall Europa - mal wieder einfach: Zu wenig sozial, dagegen - fertig! Wir könnten noch ergänzen „zu wenig ökologisch“, zu militärisch ausgerichtet und vieles mehr. Aber „dagegen und fertig“ ist der falsche Weg mit diesen Problemen umzugehen. Europa, das müssen wir uns hin und wieder vor Augen führen, umfasst nicht einmal halb so viele Menschen wie China oder Indien, und wenn überhaupt, so wird nur das gemeinsame Europa auf diesem Globus eine Rolle spielen können. In der Debatte um den Klimawandel verstehen es inzwischen fast alle. Die Ausdehnung der Wüstenregionen und der steigende Meeresspiegel treffen zwar in erster Linie die Armutregionen der Welt, beides ist aber von den reichen Industriestaaten des Nordens verursacht. Keine Nation, kein Staat der Welt wird auf sich allein gestellt den Klimawandel aufhalten. Die globale Gemeinsamkeit ist zwingend und nur ein gemeinsames Europa wird auf dem Globus ernsthaft mitreden können.

Ähnliches gilt für die Wirtschafts- und Finanzwelt. Gerade in der aktuellen Finanzmarktkrise wird deutlich, dass die Welt - und auch Europa - gemeinsame Regeln braucht. Dadurch werden nationale Regeln zwar nicht

überflüssig, sie allein - das beweisen auch die sogenannten Steueroasen - werden aber wohl nicht reichen, und selbst Nichtmitglieder der EU wie Island sind inzwischen von europäischer Solidarität abhängig, auch wenn die durchaus im eigenen Interesse ist.

Wir brauchen Europa

Aber Europa ist schwer zu machen. Es gibt viele unterschiedliche Traditionen und Kulturen. Da trifft das laizistische Frankreich auf das katholische Polen, mit den Atommächten Frankreich und Großbritannien muss über Abrüstungspolitik diskutiert werden, und osteuropäische Staaten, die sich vor gerade zwanzig Jahren aus der Vorherrschaft der Sowjetunion befreit haben, müssen auf einen konstruktiven Dialog mit Russland mitgenommen werden. Europa ist wahrlich kein „Wünsch-Dir-Was“, aber wir müssen es wollen.

Wenn die Rechtsparteien in Europa dagegen mobil machen, so ist das nachvollziehbar. Deren Weltbild verharrt traditionell in nationaler Engstirnigkeit. Für die Linke - und hier ist nicht die Partei gemeint - kann dieser Weg nicht gangbar sein. Angesichts der aktuellen Regierungskrise in Tschechien und der noch ausstehenden Volksabstimmung in Irland steht der Lissabon-Vertrag auf der

Kippe. Der Vertrag enthält tatsächlich viele Passagen, die politisch fragwürdig sind. Sollte der Vertrag kippen, werden sich viele freuen: Oskar Lafontaine in Deutschland ebenso wie Le Pen in Frankreich. Aber Europa würde um Jahre zurückgeworfen und die Debatte wird von vorn beginnen. Die Stichworte sind klar: Kerneuropa, Europa der zwei Geschwindigkeiten oder doch nur Freihandelszone? Europa wird sich als nur relativ handlungsfähig erweisen in einer Zeit, in der sich - vielleicht - mit einem neuen US-Präsidenten Obama als Partner wichtige Chancen ergeben. Natürlich könnte die europäische Linke einen neuen sozialeren Verfassungsentwurf produzieren, und die europäischen Grünen einen ökologischeren, der Vatikan könnte erneut einen stärkeren Gottesbezug für die Verfassung fordern, irische, spanische und polnische Abtreibungsgegner eine stärkere Verankerung ihres Verständnisses von Lebensschutz usw. ...

Europa bewegen

Aber so wird es kein politisches Europa geben. Europa wird sich als politische Konstruktion nur dann weiter entwickeln können, wenn eine Mehrheit in den europäischen Staaten begreift, dass sie die jeweils eigenen Idealvorstellungen nicht zum Maßstab für alle anderen erheben kann. Wir sind ein Teil Europas. Aber dieses Europa muss demokratischer, sozialer und ökologischer werden. Dafür stehen die Grünen zur Europawahl. Bis dahin lieber nicht mitzumachen, das scheint derzeit der Kern der Europapolitik der Linkspartei zu sein. Aber so wird Europa ganz bestimmt nicht bewegt.

„Ethnische Ökonomie“

Erklärungen zu einem viel diskutierten Begriff

Afro-Shops, polnische Lebensmittel, türkische Döner-Imbisse, Asia-Lebensmittel, Balkan-Läden, arabische Cafés, italienische Pizzerias, türkische Bäckereien... Die Vielfalt von kleinen Läden und Geschäften, die von InhaberInnen mit Migrationshintergrund in Berlin-Neukölln geführt werden, ist groß.

Diese Unternehmen werden sowohl von wissenschaftlicher als auch von politischer und administrativer Seite unter dem viel diskutierten Begriff „ethnische Ökonomie“ gefasst und somit vom „normalen“ (deutschen) Unternehmertum unterschieden.

Man versteht hierzulande unter „ethnischer Ökonomie“ im Allgemeinen die „selbstständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund und abhängige Beschäftigung in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben...“ Gleichzeitig werden für diese Definition bestimmte Merkmale herangezogen: Horizontale und vertikale Vernetzung zwischen den Unternehmern einer Minderheit, Zulieferer und die Produkte stammen aus den Herkunftsländern der jeweiligen Minderheit, Kunden und die Arbeitskräfte kommen aus der eigenen Minderheit, eine gewisse Identifikation mit der eigenen Community besteht.“

Auf einen Teil der Unternehmen scheinen diese Merkmale durchaus zuzutreffen. Die Problematik ergibt sich in der Verallgemeinerung, denn schaut man sich die Unternehmenslandschaft etwas genauer an, wird schnell deutlich, dass diese sehr viel heterogener ist: Blumenläden, die von InhaberInnen mit vietnamesischem Migrationshintergrund betrieben werden oder die italienische Pizzeria, deren Inhaber in Mazedonien geboren wurde oder die mexikanische Küche mit pakistanischen Köchen. Und: Die Produkte stammen oft nicht aus den Herkunftsländern der InhaberInnen und die Kunden nicht aus der jeweiligen migrantischen Gruppe. Dennoch werden diese Unternehmen zu den „ethnischen Ökonomien“ gezählt.

Zuständigkeiten

Bis hinein in die zweite Hälfte der 1990er Jahre befassten sich vor allem Ausländerbeauftragte und Sozialverwaltungen mit „ethnischen Ökonomien“. Mittlerweile wird es mehr und mehr zu einem Thema der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und der kommunalen Wirtschaftsförderung. Gerade in den letzten Jahren wurde die unternehmerische Tätigkeit der zahlenmäßig größten Migrantengruppen (u. a. UnternehmerInnen mit türkischem, italienischem, griechischem, polnischem

Migrationshintergrund) in Deutschland und speziell in Berlin untersucht. Diskutiert werden inzwischen nicht mehr nur die Entstehungsbedingungen und Ausprägung des Unternehmertums, sondern auch die Chancen und Möglichkeiten, die lokale Ökonomien für die soziale Entwicklung von Quartieren und Bezirken bringen können, und inwieweit sie in diesem Zusammenhang auch zur Stärkung von sozialem Zusammenhalt beitragen können.

„Überlebensökonomien“

Auf der anderen Seite darf aber nicht übersehen werden, dass die wirtschaftliche Situation vieler dieser Klein- und Kleinst-Unternehmen, die zur „ethnischen Ökonomie“ gezählt werden, sehr schwierig ist. Sie werden auch als „Überlebensökonomien“ bezeichnet, die in der Mehrzahl nicht mit langfristigen Perspektiven verbunden sind, sondern eher dazu dienen, die Familie „im Hier und Jetzt“ über die Runden zu bringen. Für viele der UnternehmensgründerInnen ist die Selbstständigkeit ein Ausweg aus dem versperrten Arbeitsmarkt. Nötig wäre daher eine erleichterte Anerkennung von Ausbildungen, Qualifikation und Abschlüssen, damit Einwanderer ihren Qualifikationen entsprechende Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, zum anderen aber auch verbesserte Zugänge zu Förder- und Kreditinstrumenten für die, die sich selbständig machen wollen, sowie eine weitere interkulturelle Öffnung von Behörden und Verwaltungen.

Jana Taube

Grüne Positionen... Sarrazin hat wieder zugeschlagen

Zum Ende seiner Amtszeit beschreibt er in gewohnt überspitzter und drastischer Art die sozialen Probleme Berlins. Er legt den Finger in die Wunde, die Klaus Wowereit am liebsten ignoriert. Wowereit fühlt sich nur für das Berlin der Gewinner zuständig. Für ihn gilt: Berlin ist auf dem besten aller Wege, Haushaltsprobleme sind gelöst, auch wenn die Wirtschaftskrise die Bilanz jetzt verschlechtert. Thilo Sarrazins Analyse der sozialen Lage der Stadt beschreibt einseitig den anderen Teil der Wahrheit: Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger steigt stetig, die sozialen Probleme nehmen zu. Wie diese Probleme gelöst werden können, weiß er nicht. Nur dass mehr Geld nicht helfe, lässt der Finanzsenator zu seinem Abschied wissen. Dabei sind Investitionen in Bildung und die soziale Infrastruktur dringend geboten, auch wenn sie alleine nicht alle Probleme lösen können. Außerdem muss der Hartz-IV-Regelsatz auf 420 Euro erhöht werden, denn der aktuelle Regelsatz reicht nicht zum Überleben. Wowereit und Sarrazin beweisen mit ihrem jeweiligen Berlin-Bild, dass dieser Senat nicht in der Lage ist, Berlins Zukunft zu gestalten. Der eine setzt die rosa-rote Brille auf, der andere malt alles schwarz und verweigert gleichzeitig jede Hilfe. Beides ist gleichermaßen zynisch. Grüne Presse



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:
Vorstandssprecher:
Jochen Biedermann,
Tel: 0163 2891707
Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,
Postfach 440629, 12006 Berlin
Internet:
<http://www.gruene-neukoelln.de>
Mail: vorstand@gruene-neukoelln.de
Bezirksgruppe:
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der Geschäftsstelle der Grünen, Berthelsdorfer Str. 9 (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen).

Kontakttelefone
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12
Stadtentwicklung, Grünflächen:
Jürgen Biele, 663 56 40
Frauen:
Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73
Gesundheit, Umweltschutz:
Gabriela Gebhardt 603 77 54
Homepage der Bezirksgruppe:
Jochen Biedermann, 0163 2891707
Soziales und Verkehr:
Bernd Szczepanski, 625 72 54
Wirtschaft:
Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen,
Bezirksgruppe Neukölln
Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.:
Jürgen Biele (jüb),
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Gabriela Vonneld, Franziska Eichstädt-Bohlig, Michael Cramer, Hanna Schumacher, Jochen Biedermann, Oliver Münchhoff, Jana Taube, Matthias Holland, Michael Wendt, Norbert Rheinländer;
Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.
Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
2. August 2009

Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

Bürger fragen

Die März-Sitzung der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung begann mit einer Bürger-Fragestunde. Neben Fragen zur Verkehrslenkung in der Karl-Marx-Straße, dem Betrieb einer Freizeiteinrichtung in der Hufeisensiedlung sowie dem leidigen Thema Hundekot wurde zum Thema „Campus Rütli“ gleich mehrfach gefragt. Dies gab Bezirksstadtrat Wolfgang Schimmang (SPD) Gelegenheit, dieses Projekt nochmals ausführlich zu erläutern: Der gesamtpädagogische Ansatz des Konzeptes zum Campus Rütli sieht (der Neuköllner Stachel berichtete) die Einbeziehung aller auf dem Gelände liegenden Einrichtungen vor. Die Gemeinschaftsschule ist bereits im letzten Sommer gestartet. Planung und Finanzierung einer Quartiers-Sporthalle sind unter Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Vorbereitung, hierfür stehen 4,9 Millionen Euro bereit. Prognostizierte Schülerzahlen für diesen Bereich machen den Neubau einer Grundschule unumgänglich. Schlechte Nachricht für Kleingärtner: Dienotwendigen Pausen-, Bewegungs- und Sportfreiflächen machen es erforderlich, auch die Fläche der Kleingartenanlage „Hand in Hand“ einzubeziehen...



für Stadtentwicklung habe die Verantwortung an den Bezirk Treptow-Köpenick delegiert, denn sie habe nur einen Mitarbeiter, den sie dafür „abstellen“ kann. Die denkbar schlechteste Anbindung des Rathauses Treptow in der Neuen Krugallee habe man leider außer acht gelassen. Blesing räumte aber auch ein, Auskunftsersuchen, die „direkte Neuköllner Fragen“ bei der Auslegung betreffen, werden natürlich von einem seiner Mitarbeiter beantwortet. Nachsatz: Es wird beobachtet, dass Fragen zur A 100 von der Neuköllner SPD höchst misstrauisch beäugt werden und mit Hinweis auf die Zählgemeinschaftsvereinbarung kritisiert werden. Warum nur??

„Kindl-Gelände – und nun?“

Falko Liecke, Fraktionschef der Neuköllner CDU stellte diese leicht provokante Mündliche Anfrage, um Neuigkeiten zur anstehenden Planung zu erfahren. Stadtrat Blesing (nicht zu verwechseln mit dem Stadtrat B.) meldete „erfreuliche Fortschritte“: Die Ansiedlung einer universitären Einrichtung nimmt Gestalt an, denn es gibt konkrete „Kontakte mit Professoren interessierter Privat-Universitäten aus Pacific-Anrainer-Staaten. Für Anfang Mai ist dazu ein Workshop im Rathaus Neukölln vorgesehen. Auch der Bauantrag für ein Dialyse-Zentrum ist in Arbeit und für die Preußhalle hat eine Lebensmittelkette „großes Interesse an einer Vollsortimentfiliale“. Und auch das noch: Eine Brauereigaststätte unter der Sudkesselhalle wird bald ihre Tore öffnen...

„EU“-Euros für Neukölln

Mit einer Großen Anfrage wollte die SPD-Fraktion mehr über die Nutzung des Europäischen Strukturfonds erfahren. Aus der umfangreichen Beantwortung des Bezirksbürgermeisters: „Europa“ hat seit dem Jahr 2000 für Neukölln rund 1000 Projekte mit einem Betrag von insgesamt 30 Millionen Euro gefördert!

Im Bereich des **Europäischen Sozialfonds** stehen dabei Projekte zur Förderung von Neuköllner Existenzgründungen, für Beratung von Unternehmen sowie zur Integration von Langzeitarbeitslosen und zur Qualifizierung und Berufsorientierung von Jugendlichen mit

Migrationshintergrund im Vordergrund.

Im Bereich der **Wirtschaftsförderung und der Infrastrukturentwicklung** werden drei Projekte vom Bezirk gesteuert: *Soziale Stadt* – hier werden von 2007 bis 2009 insgesamt 5,1 Millionen Euro von „Europa“ für Neuköllner Quartiersmanagement-Gebiete eingesetzt, aus Bundes- und Landesmitteln kommen (als Kofinanzierung) noch 8,2 Millionen dazu. *Stadtumbau West* – hier werden für das Gebiet *Neukölln-Südring* 5,2 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereit gestellt.

Als *wirtschaftsdienliche Maßnahmen* soll die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft auf Ebene der Berliner Bezirke durch „Europa“ gefördert werden. Dafür gehen über 400 Tausend Euro aus EU-Mitteln nach Neukölln, davon 102 Tausend Euro in das Projekt *Zukunft Rudow*, 315 Tausend Euro in das Projekt *Neuköllner Gewerbehöfe*. Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky vergaß auch nicht, der Neuköllner Europa-Beauftragten Franziska Giffey ein „dickes Lob“ zu zollen für ihr segensreiches Wirken für den Bezirk Neukölln. Sie würde beweisen, dass Europa in Neukölln ankommt, in jeder Beziehung...

Auch Brandbriefe aus Neuköllner Kitas?

Eine Große Anfrage der CDU-Fraktion wollte die wirtschaftliche Situation des Kita-Eigenbetriebes Südost hinterfragen. Gewohnt ausführlich ging die Jugendstadträtin Gabriele Vonnkold (Grüne) auf die Fragen ein: Der Eigenbetrieb schließt für das Jahr 2007 mit einem deutlich positiven Ergebnis ab und auch 2008 wird ein positives Ergebnis erwartet. Die Personalsituation – es fehlen derzeit 30 Erzieher/innen – führt dazu, dass der Eigenbetrieb seine Platzkapazitäten nicht in vollem Umfang anbieten kann. Besonderen Stellenwert in den Neuköllner Kindertagesstätten hat die Sprachförderung. Der Eigenbetrieb Südost legt großen Wert auf die Beschäftigung von pädagogischem Personal mit Migrationshintergrund, besonders mit den Muttersprachen Türkisch und Arabisch. Auf eine entsprechende Frage räumt Frau Vonnkold ein, dass es bessere und effektivere Rechtsformen zur Führung von Kindertagesstätten gibt, dies war immer die Meinung des Bezirksamtes. Aber nicht die Rechtsform, sondern die Personalgewinnung und -entwicklung geben Anlass zur Sorge. Dennoch rechnet die Jugendstadträtin nicht mit „Brandbriefen“ aus Neuköllner Kitas.

Für die Fachausschüsse...

Eine Reihe von Anträgen wird dafür sorgen, dass die Fachausschüsse der BVV weiterhin hohen Diskussion- und Abstimmungsbedarf haben werden: Negativliste für Schmuddelrestaurants, Ordnungsamter, anonyme Geburt im Vivantes-Klinikum ermöglichen, mehr Grün für Neuköllns Straßen, besserer Kundenservice im JobCenter, ein Öko-Investitionsprogramm für Berlins Bezirke, ... das sind Themenfelder, die es in Zukunft zu „beackern“ gilt.

jüb



Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

Neukölln braucht dringend den verbindlichen Ethik-Unterricht

von Gabriele Vonnkold



In Neukölln leben mehr als 160 verschiedene Nationalitäten zusammen.

Damit dies eine gute Nachbarschaft wird, müssen die Menschen und ganz besonders die jungen Menschen sich kennenlernen. Sie sollten etwas wissen über die Traditionen, Feste, Bräuche, Religionen, Weltanschauungen und Werte ihrer Mitmenschen. Nur Wissen führt zu gegenseitigem Verständnis und verhindert, dass sich Vorurteile breitmachen, die die Menschen trennen.

Gemeinsame Werte erkennen

Auch im bekenntnisgebundenen Religionsunterricht wird zwar über andere Religionen und Weltanschauungen informiert, aber es ist etwas völlig Anderes, ob man übereinander spricht oder miteinander. Der Ethikunterricht bietet genau diese Möglichkeit, dass Schüler sich gegenseitig über ihre Anschauungen und Erfahrungen informieren und austauschen. So können Vorurteile abgebaut, gemeinsame Werte erkannt und ein friedlicher, toleranter Umgang miteinander eingeübt werden. Das ist es, was Neukölln wirklich dringend braucht, damit aus dem Nebeneinander der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein demokratisches Miteinander werden kann.

Die Verfechter von „Pro Reli“ propagieren die Wahlfreiheit, aber in Wirklichkeit fürchten sie sich vor der Freiheit der Wahl, die jede Schülerin und jeder Schüler in Berlin seit fast 60 Jahren hat, nämlich freiwillig am Religionsunterricht teilzunehmen oder nicht. Aus Angst vor weiterem Einflussverlust propagieren die Verfechter von „Pro Reli“ ihre angebliche Wahlfreiheit zwischen Religion und Ethik, die aber in Wahrheit ein Wahlzwang ist, denn heute kann jede Schülerin und jeder Schüler beides haben, wenn sich „Pro Reli“ durchsetzt, müssen sie wählen und sich gegen ein Fach entscheiden.

Der freiwillige Religionsunterricht findet seit vielen Jahren in den Schulen

statt und wird auch vom Land Berlin finanziert. Daran soll sich auch nichts ändern.

Der freiwillige Religionsunterricht ist ein Ausdruck der wichtigen Trennung von Staat und Kirche, die nicht verwischt werden sollte. Und ich kann auch nicht verstehen, wie man ein religiöses Bekenntnis in das Schema von Schulnoten pressen kann, die für eine Versetzung wichtig sein können. Ich war immer stolz auf diese klare Trennung in Berlin, im Gegensatz z.B. zu den süddeutschen Ländern.

Dass der Religionsunterricht unter Teilnehmerschwund leidet, liegt sicher nicht am Fach Ethik, sondern daran, dass es weniger Christen in der Stadt gibt als noch zu meiner Schulzeit und am gestiegenen Leistungsdruck in den Schulen durch Verwissenschaftlichung des Fächerkanons und der Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr bis zum Abitur. Ich selbst bin übrigens von der ersten Klasse bis zum Abitur freiwillig zum Religionsunterricht gegangen, aber auch zu meiner Schulzeit haben sich die meisten Schülerinnen und Schüler nach der Konfirmation, sobald sie mit 14 selbst wählen konnten aus dem Religionsunterricht abgemeldet.

Heute in meiner Funktion als Jugendstadträtin erlebe ich täglich, wie sich Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher kultureller Herkunft voneinander absondern. Und ich sehe immer öfter, wie Jugendliche die Religion zur Abgrenzung und zur Herabwürdigung Anderer benutzen, ohne die eigene oder die Religion des Anderen wirklich zu kennen.

Vorurteile durch Wissen ersetzen

Deshalb brauchen wir in Neukölln so dringend ein gemeinsames Unterrichtsfach, das Vorurteile durch Wissen ersetzt, das zu Verständnis und Toleranz führt. Ein gemeinsames Fach Ethik für alle Schülerinnen und Schüler, das ihnen die Gelegenheit gibt, Werte, aber auch Unsicherheiten in der Lebensgestaltung zu diskutieren, das sie ins Gespräch bringt, das Trennende überwinden hilft und Gemeinsamkeit schafft.

Bitte gehen Sie am 26.04.2009 zur Volksabstimmung und stimmen Sie mit NEIN, damit unsere Kinder weiter im Fach Ethik gemeinsam lernen können mit religiösen, kulturellen und demokratischen Werten eine friedliche Zukunft für Neukölln und alle seine Bürger aufzubauen.

NEIN zum Wahlzwang und zur Trennung, denn wir brauchen die Gemeinsamkeit.

Bürger protestieren

Zu Beginn der ordentlichen Sitzung der BVV wurden die Bezirksverordneten mit dem Unmut einiger meist jugendlicher Bürgerinnen und Bürger konfrontiert: „NPD raus aus öffentlichen Räumen“ stand auf einem Banner, das die Protestierer auf der Besuchertribüne entrollten. Dies wiederum erzeugte beim Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) Unmut und Verärgerung. In einem zuvor an die Bezirksverordneten verteilten Flugblatt wurde behauptet: „Überall werden der NPD Räume und Zusammenarbeit verwehrt. Nur hier nicht in Neukölln.“ Dies, so Buschkowsky, sei objektiv falsch und mache ihn deshalb ärgerlich. Mit einem Seitenhieb auf die Reinickendorfer CDU-Bürgermeisterin Wanjura bemerkte er, er wolle sich nicht erst durch ein Gericht auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit hinweisen lassen. Dieses Prinzip zwingt ihn, einer demokratisch gewählten Partei öffentliche Räume im Bezirk zur Verfügung zu stellen. Die Kritik Buschkowskys ist zwar rechtlich nachvollziehbar, war aber in dieser Schärfe leicht überzogen...

Autobahnplan – keine Fragen erlaubt

Warum bei der Auslegung der Planungsunterlagen zum Weiterbau der A 100 im Rathaus Neukölln „keine Fragen beantwortet oder Fachauskünfte gegeben“ werden und ob damit nicht „die gesetzliche Möglichkeit beschnitten“ wird, Einwendungen zu erheben“ wollte der grüne Bezirksverordnete Bernd Szczechpanski in seiner Mündlichen Anfrage vom Bezirksamt wissen. Antwort von Bezirksstadtrat Thomas Blesing (SPD): Die Senatsverwaltung



Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name _____ Straße _____ Wohnort _____

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Postfach 440629, 12006 Berlin

Zur Europa-Wahl 2009:

Europa klar machen

Wums! Für ein besseres Europa!

WUMS, das steht für Wirtschaft und Umwelt, menschlich und sozial. Mit unserer Europakampagne wollen wir zeigen, dass es Zeit wird, nicht nur kurzfristig Banken zu retten, sondern unser Wirtschaftssystem endlich ökologisch und sozial zu gestalten. Wir wollen mehr WUMS für ein besseres Europa!

Wirtschaft klar machen

Die Europawahl findet in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs statt. Natürlich braucht es jetzt kurzfristig Hilfe vom Staat. Doch dies allein wird die Krise nicht beenden. Wir brauchen einen Neuanfang in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, um die immer wiederkehrenden Krisen eines falschen Wirtschaftsmodells zu beenden. Die jetzige tiefe Krise ist dafür eine Chance, die wir nicht verstreichen lassen dürfen.

Deshalb setzen die Grünen auf eine neue Art des Wirtschaftens, mit Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales. So können 5 Millionen neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze in Europa geschaffen werden.

Mit einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte und mit klaren Haftungsregeln für Manager sowie einer Steuer für unsinnige Spekulationsgewinne muss das Finanzsystem umgebaut werden.

Umwelt macht Arbeit

Auch wenn überall die Wirtschaftskrise im Mittelpunkt steht; Es wäre fatal, das eine Problem zu Lasten des anderen lösen zu wollen. Eine neue wirtschaftliche Dynamik entsteht unter anderem dadurch, dass wir konsequent in den Klimaschutz investieren.

Bis zum Jahr 2050 muss Europa seine Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent reduzieren. Statt Öl und Kohle brauchen wir die konsequente Förderung und den Umstieg auf Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung.

Atomkraft ist kein Beitrag zum Klimaschutz, wir halten fest am Ausstieg aus der Kernenergie. Mit einer solchen Energiepolitik sichern und schaffen wir nachhaltig Arbeitsplätze. Allein in Deutschland haben wir GRÜNE mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 250.000 neue Arbeitsplätze möglich gemacht. Diese Zahl wird sich bei uns bis 2020 verdoppeln.

Menschlich handeln

Wir setzen uns ein für ein Europa mit gerechten Bildungschancen für alle und einem großen Reichtum an Kultur. Wir wollen ein Europa, das Freiheit garantiert und die Menschen schützt – nicht nur gegen Terror und Kriminalität, sondern auch gegen die Neugierde von Unternehmen und die wachsende Datensammelwut von staatlichen Behörden. So geben wir Europa ein starkes demokratisches Fundament der Menschen- und Bürgerrechte.

Dem wachsenden Rechtsextremismus in Europa wollen wir entschieden entgegenreten.

Die EU darf sich nicht weiter abschnitten, sondern muss Asyl gewähren und Einwanderung gestalten.

Das Recht auf Privatsphäre wollen wir schützen und ein europäisches Datenschutzsiegel einführen.

Wir wollen ein Sicherheitssiegel für Spielzeug und eine klare Kennzeichnung der Lebensmittel, ein Recht auf gesundes Leben ohne Genfood.

Sozial über alle Grenzen

Wir wollen ein soziales, solidarisches und bürgernahes Europa bauen. Der wirtschaftliche Wettbewerb braucht einen Rahmen und dazu gehören weltweite Arbeitsrecht- und Sozialstandards. Nur ein soziales Europa ist ein gerechtes Europa.

Wir fordern in jedem Land Mindestlohnregelungen und wollen einen europäischen Sozialstandard durchsetzen, der die soziale Sicherheit erhöht und die Rechte aller ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen stärkt.

Wir setzen uns dafür ein, dass das europaweit garantierte Recht auf gleichen Lohn für Frauen und Männer endlich Realität wird.

Im Übergang zur Wissensgesellschaft wird die aktive Förderung von Bildung, Forschung, Wissen und Kultur zum entscheidenden Baustein unserer Zukunftspolitik. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EU wird wesentlich vom europäischen Weg in die Wissensgesellschaft abhängen.

Bündnis 90/Die Grünen



Alle reden vom Klimaschutz - Grün handelt

Die Grünen im Europäischen Parlament sind die einzige Fraktion, die sich für konsequenten Klimaschutz und zukunftsweisende Energiepolitik einsetzt. Besonders deutlich wurde das in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode, als Klima- und Energiepolitik die dominierenden Themen in Brüssel waren. 2007 hatte die damalige Ratspräsidentin Angela Merkel die Klima- und Energieziele der EU bis 2020 verkündet: 20 Prozent weniger Treibhausgase (im Fall einer internationalen Vereinbarung sogar 30 Prozent), ein Anteil von 20 Prozent Erneuerbare Energien am Energiemix, 20 Prozent höhere Energieeffizienz. Als die Umsetzung dieser Ziele dann in so genannten Klimapaketen in Gesetzgebung gegossen werden sollte, fochten wir Grüne einen harten politischen Kampf um die dringend notwendigen Reformen. Aber Angela Merkel und ihre Regierungskollegen sowie Mehrheiten der konservativen und große Teile der sozialdemokratischen und liberalen Fraktionen des Europäischen Parlaments haben die Gesetzesvorschläge der Kommission verwässert, ausgehöhlt und verlangsamt.

Grüner Faden

Die Europäische Union:

Krisenmanager oder selbst in der Krise?

Ein Stachel-Gespräch mit Elisabeth Schroedter und Lisa Paus von Oliver Münchhoff

Wir Grüne sind eine klar proeuropäische Partei – das heißt auch: Ohne falschen Pathos einen Blick auf die Möglichkeiten und Grenzen der EU in der aktuellen Lage werfen zu können. Daneben werden wir das weite Feld des Soziale(re)n Europas durchstreifen und eine Stippvisite nach Lissabon unternehmen.

Neuköllner Stachel:

Der Europäische Rat erklärte auf der Frühjahrstagung 2009 angesichts der Wirtschaftskrise: Man setze sich für die Wiederherstellung des Vertrauens ein. Dem wird die Kommission - wie immer - wohl folgen. Muss das Vertrauen in die EU ebenfalls wiederhergestellt werden?

Elisabeth Schroedter:

Ich meine nicht, dass die Wirtschaftskrise das Vertrauen in die EU untergraben hat, im Gegenteil: An dieser Stelle muss sich die EU messen lassen, dass sie als Union die Krise bewältigen kann. Gerade die starke Integration innerhalb der EU erzeugt Vertrauen in ihr Handeln. Europa ist ein weltweiter Wirtschaftsplayer, und die EU ist diejenige, die ihre Stimme gegenüber den Weltorganisationen einbringen kann, etwa in der Frage der Finanzmarktregulierung gegenüber der Welthandelsorganisation (WTO). Im Europäischen Parlament stehen die Zeichen für einen Beschluss zur Tobinsteuer besser denn je. Die EU-Mittel wurden aufgestockt. Aber das allein, indem Mittel künftiger Programme bis 2013 jetzt ausgeschüttet werden. Eine weitere Aufstockung des EU-Haushaltes ist allein von den Mitgliedern abhängig und die stehen hier in der Pflicht.

Lisa Paus:

Es ist schon die berechtigte Kritik aus der Wirtschaft gekommen. Wo ist denn Brüssel in der Krise? Kein Wunder: Die Mitgliedsstaaten haben einzeln ihre Konjunkturprogramme losgetreten und sind in einen merkwürdigen Wettkampf hineingeraten: Erfindet Frankreich eine Abwrackprämie mit 1.000 Euro, legt

Deutschland mit 2.500 einfach eins drauf. Sarkozy kritisiert die Tschechen und umgekehrt und Merkel gefällt sich immer wieder als Madame No. Die Möglichkeiten der EU werden nicht genutzt und die Kommission hat eher gegeneinander agiert als miteinander.

Neuköllner Stachel:

Zur Umsetzung der Konjunkturpakete setzt die EU auf Leitlinien, nach dem Motto,



Elisabeth Schroedter, (MdEP - Sozial/Beschäftigungskommission), li., und Lisa Paus, (MDA - Wirtschaft)

Foto: O. Münchhoff

die Wirtschaften sollen sich koordinieren. Reicht das, um Investitionen nachhaltig zu gestalten oder erleben wir nur ein Abwrackprämienstrohfeuer?

Elisabeth:

Meine Sorge ist, dass einfach nur Geld rein gepumpt wird. Die EU hat aber die Möglichkeit, mit konkreten Vorgaben die Finanzinstrumente in die richtige Richtung zu lenken. Die Wirtschaftskrise muss jetzt mit der Klimakrise zusammengedacht werden: Investitionen müssen ganz gezielt zur Transformation in eine ökologische Wirtschaft eingesetzt werden. Abhängig von der Klimaverträglichkeit fordern wir einen Klimacheck für alle Projekte.

Lisa:

Das muss auch für die nationale Ebene

gelten. Die Abwrackprämie ist dabei nicht nur ökologisch der falsche Weg. Denn eigentlich verschenkt der Staat nichts: Wollte eine Familie vom Ersparten eine Küche kaufen, kauft sie nun ein Auto - die Küche muss warten. Also eine Umlenkung der Mittel, die nicht produktiv ist. Wichtig ist, dass der massive Investitionsrückstau, den wir in Berlin seit Jahren monieren, aufgehoben wird. Wir brauchen das Geld für Krankenhäuser, Schulen und Kitas.

Elisabeth:

Hier ist ein Ansatzpunkt für nachhaltige Investitionen. Wir werden auf EU-Ebene erreichen, die Mittel zur energetischen

Sanierung zu verwenden und Erneuerbare Energien zu forcieren. Im Beschäftigungsausschuss fordern wir, dass alle Beihilfen im Beschäftigungssektor umfassend mit der Vermittlung von know-how für einen ökologischen Mehrwert verbunden werden.

Lisa:

In Berlin ist man nicht bereit, Wirtschafts- und Klimakrise zusammenzudenken. Zur Verfahrensbeschleunigung werden Vergaben von sozial-ökologischen Kriterien freigestellt, ganz nach dem Motto: Schnell, schnell.

Neuköllner Stachel:

Sehr geteilte Aussichten für eine Transformation. Welche Folgen könnte eine fehlende Neuorientierung haben?

Lisa:

Die Solarindustrie zum Beispiel erfährt Kapazitätssteigerungen von 50 Prozent auch um die Kosten zu senken. Wenn diese 50 Prozent von Konjunkturprogrammen nicht abgerufen werden, dann geht eine Branche in die Knie, obwohl man genau weiß, dass man die Kapazitäten in Zukunft brauchen wird.

Neuköllner Stachel:

Weil der Kapitalmarkt nicht die Mittel zur Verfügung stellt...

Elisabeth:

...und genau hier schließt sich der Ring. Beispielsweise gibt es derzeit in der Chipindustrie Entlassungen, wobei die Solarindustrie die Fachkräfte mit Kuschhand nehmen würde. Die konsequente ökologische Transformation als Investitionsbasis bringt die Chance, zwei Problemen auf einmal zu begegnen: der Klimakrise und dem Fortfall von Arbeitsplätzen.

Lisa:

Verpassen wir es, zahlen wir letztlich doppelt: Das Geld ist ausgegeben und wir werden wieder Geld ausgeben müssen, ohne dass die Haushalte das leisten werden können. Die Klimakrise wartet aber nicht auf ausgeglichene Haushalte.

Neuköllner Stachel:

Und kennt auch keine Stabilitätskriterien der EU. Das WirtschaftsEuropa ist verbindlich vernetzt, kann das auch für ein soziales Europa gelingen?

Elisabeth:

Die Leitlinien existieren. Die Sozialklausel sieht vor, dass die soziale Dimension dem Wettbewerb gleichgestellt wird. Verbunden damit sind Vereinbarungen etwa über eine 70-prozentige Beschäftigungsrate von Frauen, die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für unter 3-jährige oder das Armutsbekämpfungsprogramm. Neben Wirtschaftsfragen stehen also die Sozialagenda und die Beschäftigungspolitik. Allerdings sind die Vereinbarungen ohne Sanktion, wenn sie von einem Mitgliedstaat nicht erfüllt werden. Unsere zentrale Forderung lautet deshalb: Wir wollen die gesamte soziale Dimension der EU mit Sanktionen belegen, wie sie für die

Stabilitätskriterien des Euro bereits gelten. Vom blauen Brief bis zur Strafzahlung. Verbindliche Regelungen bestehen im Bereich der Leiharbeit. Die europäische Generalunternehmerhaftung ist beschlossen. Wir werden die Zustimmung zur nächsten Kommission davon abhängig machen, dass der Beschluss Gesetzesform erlangt.

Neuköllner Stachel:

Der Vertrag von Lissabon ist heiß umstritten. Was bringt er der EU Neues?

Elisabeth:

Einen großen demokratischen Zugewinn: Die Mitentscheidung durch das Europäische Parlament ist jetzt die Regel. Verbunden mit der Grundrechtscharta können wir jetzt auch gesetzlich vieles vorantreiben, was zuvor wegen fehlender Erwähnung in den EU-Verträgen kaum einbringbar war. Und: Eine Million Bürger aus mehreren Staaten können die Gesetzesinitiative ergreifen und der Kommission vorschreiben: Gebt unser Begehren als Gesetzesvorlage in das Europäische Parlament!

Neuköllner Stachel:

Bei diesen Aussichten – warum stellt sich die Linke eigentlich ins europäische Abseits?

Elisabeth:

Ich verstehe diese Verweigerung nicht: Sie sprechen von Paneuropa und treffen sich bei der provinziellen CSU, die gemeinsam meinen, die Feiern der Grundrechtscharta stören zu müssen. Das wars, keine Alternativen. Gegen alles sein bedeutet auch, sozialen Fortschritt zu blockieren.

Lisa:

Wenn man sich die Kandidaten der Linken anschaut: Europa ist Versorgungsposten, wie bei anderen Parteien vor 30 Jahren.

Neuköllner Stachel:

Vielen Dank für das Gespräch.

Mehr soziales Europa? Dann:

www.elisabeth-schroedter.de

Mehr soziale Wirtschaft? Dann:

www.lisa-paus.de



Neues Baumsterben

Berlin verliert stetig Straßenbäume

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND Berlin) hat in einer Bezirksfrage einen fortschreitenden Schwund an Straßenbäumen festgestellt.

Bis zu 3.000 Bäume gehen Berlin jährlich verloren. So wurden von 2005 bis 2007 fast 15.000 Bäume gefällt, aber noch nicht einmal 8.800 nachgepflanzt, ein Verlust von über 6.000 Bäumen. Die Senatsverwaltung betont aber immer wieder, dass der Straßenbaumbestand steigt und mit über 420.000 Bäumen so hoch sei wie noch nie. Vor diesem Hintergrund hat der BUND eine umfassende Umfrage in den Bezirken durchgeführt und kommt zu dem Ergebnis: Berlin verliert seit 2001 stetig Straßenbäume.

Schleichender Prozess

Die Verluste sind mittel- bis langfristig kaum noch auszugleichen. Wenn jetzt nicht entschieden gegensteuert wird, verliert Berlin sein positives grünes Stadtbild und damit auch viel Lebensqualität. Durch Aussagen des Senates entsteht der Eindruck, dass der Straßenbaumbestand konstant bleibt

bzw. sogar stark zugenommen hat. Fakt ist, es handelt sich um Zahlenschieberei: So wurden Bäume, die auf Stadt- und Parkplätzen stehen, zu Straßenbäumen gezählt. Der Straßenbaumbestand in Berlin steigt nicht durch Neupflanzungen, sondern durch Korrekturen in der Statistik. Die Ursache für den „Straßenbaumbestand-Schwund“ ist eine rigide Sparpolitik, oft kombiniert mit Gleichgültigkeit oder Hilflosigkeit.

Baumpflege: Fehlanzeige

Sofehlen in vielen Bezirken Haushaltsmittel für Baumnachpflanzung und kontinuierliche fachliche Baumpflege. Schon heute ist in den Bezirken ein Defizit von über zehn Millionen Euro für Pflege und Nachpflanzungen festzustellen. Zudem wurde und wird Personal reduziert, so dass die meisten Bezirke Aufträge an Firmen vergeben, obwohl dies teurer ist, als die Aufgaben mit eigenem Personal zu erfüllen! Da zunehmend Fachpersonal fehlt, können kaum noch Kontrollen durchgeführt werden, so dass viele Bäume durch Bautätigkeit unnötig geschädigt werden.

BUND

Bürgerbeteiligung hart erarbeiten

Über Öffentlichkeit und Transparenz im Quartiersbeirat Richardplatz

Bürgerbeteiligung ist ein schönes Wort, das Demokratie verspricht. Dass Bürgerbeteiligung auch harte Arbeit sein kann, zeigt sich im Moment im Gebiet um den Richardplatz. Der Richardplatz Süd ist seit 2005 ein Quartiersmanagementgebiet. Am Donnerstag, den 2. April, lud der dortige Quartiersbeirat zu der ersten öffentlichen Sitzung in diesem Jahr ein. Thema der Sitzung war ein „Ideenaufruf für das Quartier“.

Es sollte darum gehen, sich über die Zukunft des Kiezes Gedanken zu machen und Ideen für Projekte in den nächsten Jahren zu sammeln. In der Sitzung wurden dann zunächst verschiedene laufende Projekte vorgestellt. Doch bevor der Beiratsvorsitzende Henning Vierck dann zur Ideensammlung überleiten konnte, kam Widerspruch aus der Versammlung. Es solle jetzt nicht über weitere Projekte diskutiert werden, sagten einige AnwohnerInnen, zunächst wollten sie über Öffentlichkeit und Transparenz im Quartiersbeirat diskutieren.

Unzufriedenheit an der Basis

Schon in letzten Monaten hatte es, angestoßen von dem im Kiez ansässigen Verein Kohmed e.V. verschiedene Veranstaltungen am Richardplatz gegeben, auf denen große Unzufriedenheit mit dem Quartiersmanagement (QM) formuliert wurde. Einer der Kritikpunkte war die Nichtöffentlichkeit und mangelnde Transparenz des Quartiersbeirates. Der öffentlich geäußerte Unmut hatte Diskussionen mit dem QM-Team, der Verwaltung und Teilen des Beirates ausgelöst, in denen immer wieder auf die öffentliche Beiratssitzung verwiesen wurde. Daraufhin hatten einige Anwohner konkrete Forderungen formuliert: Der Quartiersbeirat solle grundsätzlich und nicht nur ausnahmsweise öffentlich tagen und allen Anwohner und anderen

Akteuren im Kiez ermöglichen, sich in die Arbeit einzubringen. Hierzu brach eine intensive Diskussion los: einige Mitglieder des Quartiersbeirates fühlten sich angegriffen und wiesen darauf hin, dass sie in den letzten Jahren viele gute Projekte auf den Weg gebracht hätten. Auf der anderen Seite gab es viele auch aus dem Quartiersbeirat, die die Idee von mehr Offenheit und Transparenz des Beirates unterstützen oder mit Fragen ihr Interesse an dieser Idee zeigten. Als der Antrag zur Änderung

Beirat als Kiez-Forum?

Deshalb wollen sie bei der Nichtöffentlichkeit der Sitzungen und dem hohen Gewicht institutioneller Akteure (wie Schulen, Vereine und ähnliches) bleiben. Viele andere fanden, der Beirat solle sich weiter entwickeln und mehr zu einem Forum des Richardkieses werden, das öffentlich tagt und Neumitglieder zur Mitarbeit und Mitentscheidung einlädt. So könne der Beirat auch zu einem Diskussionsforum für den Richardkiez werden. Am Ende einigte sich die Versammlung darauf, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die diese Ideen ausformulieren und so Änderungen im Beirat herbeiführen soll.

Das QM-Team blieb in der gesamten Diskussion seltsam blass. Erst nachdem

Quartiersmanagement – Was ist das?

Quartiersmanagement ist ein Instrument der Stadtentwicklung für benachteiligte Kieze bzw. Stadtteile, dass derzeit in 9 Kiezen in Neukölln angewendet wird. Ziel ist die Wohn- und Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Dafür sollen die institutionellen Akteure in einem Stadtteil, wie Schulen, Gewerbe, Verwaltung, Kulturschaffende und soziale Träger miteinander vernetzt werden. Auch die Bewohner der Stadtteile werde aktiviert und angeregt langfristig die Verantwortung für ihren Kiez selbst zu übernehmen.

Es wird ein Quartiersbeirat eingerichtet, der in jedem Kiez unterschiedlich zusammengesetzt und organisiert ist, aber in jedem Fall zu mehr als der Hälfte aus Anwohnern bestehen muss.

der Tagesordnung schließlich abgestimmt wurde, sprachen sich 16 Personen für die Änderung der Tagesordnung aus, während nur 8 lieber über Projektideen diskutieren wollten.

Im Folgenden zeigte sich ein Hauptstreitpunkt: Henning Vierck und einige weitere Beiratsmitglieder verstehen den Beirat als Fachgremium und als Vertreter des Kiezes, in dem sich Bevölkerung und Akteure wiederfinden.

die Quartiersmanager direkt auf die Kritik angesprochen wurden, erklärten diese, dass sie sich in die Bildung und Neuordnung des Quartiersbeirates nicht einmischen wollten, da er ein vom QM-Team unabhängiges Gremium sei. Nichtsdestoweniger hatte das QM-Team im ersten Teil der Sitzung, in dem die bestehenden Projekte vorgestellt wurden, die Sitzung offensichtlich inhaltlich gestaltet. Merkwürdig auch, dass diese Debatte erst von einigen Teilnehmern der öffentlichen Beiratssitzung erzwungen werden musste. Schließlich kochte diese Debatte schon im Januar hoch und ist seit dem nicht mehr verstummt. Trotzdem fanden Beirat und QM-Team es offensichtlich wichtiger, Projektideen für die nächsten Jahre zu diskutieren, die in vielen anderen QM-Gebieten erst im Juni auf der Tagesordnung stehen. Die Idee einer Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Quartiersbeirates wird nun jedoch vom QM-Team unterstützt. Die Arbeitsgruppe soll am 23. April 2008 um 18:00 voraussichtlich in der Mensa der Richard-Grundschule treffen und hoffentlich gute Vorschläge für die weitere Arbeit am Richardplatz Süd entwickeln. *Hanna Schumacher*

Bombenstimmung auf dem Innssportplatz?

Grüne kritisieren „lahme“ Behörden

Wie einer kleinen Anfrage der grünen Abgeordneten Claudia Hämmerling im Abgeordnetenhaus zu entnehmen ist, sollen nun im April nach über anderthalb Jahren Dornröschenschlaf endlich die Sanierungsarbeiten am Innssportplatzes beginnen.

Im Jahr 2007 hatte man dort Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Für insgesamt 1,3 Millionen Euro müssen die Kampfmittel

nun geräumt und der Boden muss aufwendig saniert werden. Warum es so lange dauerte, bis die Arbeiten nun (hoffentlich) endlich beginnen können, ist aus Sicht der Neuköllner Grünen nicht verständlich. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung führt „zeitaufwendige Klärungen“ mit dem Umweltamt Neukölln und dem Landesamt für Arbeitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi) als Erklärung an.

Mit dem Ende der Räumarbeiten

(voraussichtlich Ende 2009) wird der Innssportplatz jedoch noch lange nicht benutzbar sein. Dann erst beginnt die eigentlich Sanierung und Instandsetzung des Sportplatzes. Nach jetzigen Planungen kann das laut dem Bezirksamt Neukölln sogar bis zum Jahr 2011 dauern! Das sind dann fast vier Jahre, in denen der Sportplatz nicht genutzt werden kann.

Sportplätze „erfüllen [...] auch wichtige soziale Aufgaben“, wie die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

in der Beantwortung der kleinen Anfrage zugibt. Umso erschreckender ist es, dass die notwendigen Arbeiten anscheinend im Schnecken tempo vorbereitet wurden. Den vielen Jugendlichen in den Wohngebieten rund um die Innstraße ist damit über Jahre hinweg einer der besten Orte für Sport und Spaß im Norden Neuköllns genommen worden, ganz zu schweigen von den Sportvereinen und Sportgruppen, die sich auf dem Platz und in der Sporthalle betätigten sowie Familien, die den angrenzenden Spielplatz nutzen!

Matthias Holland

Berliner Mauerstreifzüge 2009

2009 finden wieder die „Mauerstreifzüge“ mit Michael Cramer statt – eine Gelegenheit für Sie, auf dem Rad Geschichte zu erleben.

Die Berliner Abgeordnetenhausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen lädt auch in diesem Sommer zu den „Mauerstreifzügen“ unter der Leitung von Michael Cramer ein, damit Sie Berlin auf neuen alten Wegen erkunden, Natur erleben und Geschichte(n) im wahrsten Sinn des Wortes erfahren können.

Die „Mauerstreifzüge“ beginnen jeweils um 14 Uhr und finden bei jedem Wetter statt. Sie sind zwischen 20 und 30 Kilometer lang und werden nach Möglichkeit durch eine kleine Rast in einem Biergarten unterbrochen.



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament
MdEP Michael Cramer, www.michael-cramer.eu



Berliner Mauerweg

- 30. Mai** Potsdamer Platz (historische Ampel) bis S-Bahnhof Köllnische Heide
- 13. Juni** S-Bahnhof Köllnische Heide bis S-Bahnhof Adlershof
- 27. Juni** S-Bahnhof Adlershof bis S-Bahnhof Lichterfelde Süd
- 11. Juli** S-Bahnhof Lichterfelde Süd bis Volkspark Potsdam
- 25. Juli** Volkspark Potsdam (Tram „Buga-Park“) bis Bahnhof Staaken
- 8. August** Bahnhof Staaken bis Bahnhof Hennigsdorf
- 22. August** Bahnhof Hennigsdorf bis S-Bahnhof Hermsdorf
- 5. September** S-Bahnhof Hermsdorf bis S-Bahnhof Wollankstraße
- 19. September** S-Bahnhof Wollankstraße bis Potsdamer Platz

„Strategien für Nord-Neukölln“

Grüne Neukölln-Konferenz als Ideenwerkstatt

Neukölln ist ein junger und wachsender Bezirk. Aber die sozialen Probleme und soziokulturellen Spannungen in Nord-Neukölln nehmen trotz vielfältiger Initiativen in Bildung, Integration, Arbeitsmarktpolitik und Quartiersmanagement zu. Wie können die Anstrengungen zur Stabilisierung von Nord-Neukölln verstärkt werden?

Auf Einladung der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus und in der BVV Neukölln nahmen Ende Februar 120 Expertinnen und Experten aus den Bereichen Bildung, Arbeitsmarktpolitik, Stadtentwicklung und Quartiersmanagement an der ersten bündnisgrünen Konferenz „Strategien für Neukölln“ teil, um Handlungsschritte zur Lösung der sozialen und sozial-ethnischen Probleme von Nordneukölln zu diskutieren.

Die Neukölln-Konferenz wurde eingeleitet mit einer Trendanalyse der Entwicklung Nord-Neuköllns im Berliner Vergleich. Die von einem Team von Professor Hartmut Häussermann (Humboldtuniversität), erarbeiteten Studien zeigen, dass trotz des großen Engagements und vieler Projekte im Rahmen der „Sozialen Stadt“, der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, Neukölln der Bezirk mit der größten Problemdichte bleibt. Insbesondere Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit sind anhaltend große Probleme.

Erste Ergebnisse:

Bildung

Der Ausbau des Campus Rütli zu einem integrierten Bildungsstandort ist sehr gut und wichtig. Darüber darf aber die flächendeckende Verbesserung des Kita- und Schulangebots nicht vernachlässigt werden. Im Rahmen des Schulsanierungsprogramms und des Konjunkturprogramms muss der Ausbau der Ganztagsbetreuung und die Einrichtung von Elternzentren aktiv vorangetrieben werden. Insbesondere für die Stadtquartiere Schillerpromenade und Körnerpark mit ihrer beengten Grundschulsituation bei steigenden Kinderzahlen wird die Forderung nach dem Bau eines zweiten Bildungscampus an der Oderstraße auf dem Tempelhofer Feld erhoben.

Soziale Stadt

Für das Programm „Soziale Stadt“ sind Verstärkung und die Übernahme erfolgreicher sozialer Einzelprojekte in eine Regelförderung die zentrale Forderung. Diese Aufgabe der bezirk-

lichen Fachverwaltungen muss von der Senatsebene unterstützt werden, da die Probleme von Nord-Neukölln als gesamtstädtische Verantwortung erkannt werden müssen. Das große Engagement der hier Arbeitenden muss auch Anerkennung finden und darf nicht kleingeredet werden.

Arbeitsmarkt

Um die Jugenderwerbslosigkeit in Neukölln wirksam zu bekämpfen, sind individuelle und passgenaue Hilfen und Maßnahmen erforderlich. Für die vielfach langzeiterwerbslosen Jugendlichen sind vor allem Maßnahmen sinnvoll, die *Arbeiten und Lernen miteinander verbinden*. In diesem Bereich erfolgreich erprobte Modellprojekte müssen verstetigt werden und in eine Regelfinanzierung übergehen.

Eine Vielzahl der Jugendlichen verfügt nicht einmal über einen Schulabschluss, geschweige denn eine Berufsausbildung. Wenn sie langfristig auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen sollen, brauchen diese Jugendlichen *Abschlüsse*. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales muss in ihren Programmteil „Zusatzjobs und Bildung“ die *Förderung von Schulabschlüssen* wieder aufnehmen. Landesförderung setzt da ein, wo von Bundeseite keine geeignete Förderung vorgesehen ist! *Jugendliche brauchen eine richtige Perspektive in Form von Bildung und Qualifizierung*. Mithilfe der Bundesprogramme für erwerbslose Jugendliche, die Berlin bislang nicht nutzt, kann die dringend notwendige Nachqualifizierungsoffensive realisiert werden.

Tempelhofer Feld

Bei den aktuellen Planungen für das Tempelhofer Feld fordern die Neuköllner ein deutlich verbessertes Mitspracherecht des Bezirks und der Bürger. Vorrangig aktuell ist die Öffnung der vorhandenen Sport- und Erholungsflächen am Columbiadamm und im südlichen Bereich der Oderstraße. Ebenso wichtig ist die Forderung nach Sicherung und Neugestaltung der derzeitigen Friedhofsbrache in der bisherigen Einflugschneise. Gewünscht werden auch Naturerlebnisräume und die Ausweitung der Interkulturellen Gärten.

Für die geplante Bebauung des Columbiaquartiers wird es in absehbarer Zeit keinen Bedarf geben. Im Bau Feld der an der Oderstraße geplanten ökologischen Wohnbebauung wird dringend ein Bildungscampus für erforderlich gehalten. Die künftige Wohnbebauung soll gering verdichtet und maximal dreigeschossig sein, um ein ergänzendes Wohnangebot für Neukölln zu bieten. Die künftige Wohnbebauung muss ihre Infrastruktur mitbringen.

Fazit der grünen Neukölln-Konferenz

Nord-Neukölln übernimmt sehr schwierige Aufgaben für die ganze Stadt. Die anstehenden Aufgaben erfordern die gesamtstädtische Verantwortung und brauchen besondere und kontinuierliche Unterstützung durch den Senat. Zwingend erforderlich ist die Überleitung von guten und stabilisierenden Projekten in die unbefristete Langfristförderung. Verbessert werden muss auch die ressortübergreifende Kooperation auf Bezirks- und Senatsebene. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz aber ist der allseitige Wille zur besseren Vernetzung. Darum sollen dieser Veranstaltung weitere folgen, die spezifische Themenfelder vertieft behandeln.

Franziska Eichstädt-Bohlig

Eine Mission erfolgreich erfüllt

Bürgerinitiative flugfreies Tempelhof löst sich auf

Das unspektakuläre Ende einer Bürgerinitiative, deren Anliegen so erfolgreich zur Wirklichkeit wurde, ist kürzlich in einer Pressemitteilung ebenso unspektakulär vermeldet worden:

„Auf der gestrigen Mitgliederversammlung wurde einstimmig die Auflösung des Anfang 2008 gegründeten Vereins BIFT beschlossen. Mit der endgültigen Stilllegung des Flughafens Tempelhof Ende Oktober letzten Jahres hat der eingetragene Verein sein Hauptziel erreicht.“

Seit 1986 hatte sich die Vorgänger-Initiative „BI Flughafen Tempelhof“ für eine Reduzierung und Einstellung des Flugbetriebs auf dem Innenstad-Airport eingesetzt.

Es gibt zwar einige Mitglieder, die sich für eine naturnahe, soziale und kulturelle Nachnutzung des Riesengeländes oder gegen Lärm von Überflügen engagieren wollen, doch können sie dies in anderen Zusammenhängen leisten.

Der gemeinnützige Verein hatte etwa 5.700 Euro eingenommen. Das Geld kam vor allem von den 22 Mitgliedern und zahlreichen Außenstehenden. Die BIFT lag damit meilenweit unter dem gegnerischen Verein

„Interessengemeinschaft City Airport Tempelhof“ (ICAT).

Dieser hatte allein für die zweite Phase des Volksbegehrens Ausgaben von 340.000 Euro veranschlagt, tatsächlich aber wohl ein Mehrfaches ausgegeben. Genaue Zahlen oder Namen von Großspendern hat die ICAT trotz mehrfacher Aufforderung nie bekanntgegeben.

Selbst das gesamte „Bündnis für ein flugfreies Tempelhof“, zu dem sich die BIFT, SPD, Linke, Grüne sowie verschiedene andere Verbände und Initiativen zusammengeschlossen hatten, hatte mit rund 250.000 Euro erheblich weniger Mittel verbraucht. Umso mehr haben wir uns gefreut,

dass der „David“ im Volksentscheid Ende April 2008 gegen den finanziell und medial mächtigen „Goliath“ gewinnen konnte. Die BIFT dankt allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern herzlich.

Das Restvermögen der BIFT geht an den Berliner „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND), welcher das Bündnis vorbildlich koordiniert hatte.

Für die BI: Manfred Herrmann und Heinrich Krüger



Manfred Herrmann von der BIFT mit der Tempelhof-Schöneberger Stadträtin Elisabeth Ziemer bei einer Fernsehdiskussion zum Flughafen Tempelhof;

Foto: jüb



Mit großem Interesse folgten die Besucherinnen und Besucher der ersten Grünen Neukölln-Konferenz den Analysen und Diskussionsbeiträgen der eingeladenen Experten. Foto: Jochen Biedermann

Keine fertigen Lösungen...

Die Ergebnisse zweier Studien zur sozialen Lage in Neukölln, präsentiert von Daniel Förste zu Beginn der Konferenz „Strategien für Neukölln“. Sie waren von einem Team um Hartmut Häussermann, Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität, erarbeitet worden. Förste ließ es jedoch nicht bei einer bloßen Beschreibung der Ergebnisse der Studie bewenden. Vielmehr forderte er, für die Herstellung von gleichen Chancen – vor allem Bildungschancen – zu sorgen.

Angesichts der Probleme müssten gezielt und über traditionelle Ressortgrenzen hinweg Ressourcen im Norden Neuköllns konzentriert werden. Es gelte die begonnenen und berlinweit einmaligen Innovationen durch die Vielzahl von Projekten und Initiativen in Neukölln zu verstetigen und von der Förderung nur einzelner Leuchttürme wegzukommen. In diese Richtung argumentierte auch die grüne Jugendstadträtin Gabi Vonnekold. Sie erhielt viel Applaus für ihre Feststellung: „Was uns fehlt sind nicht wirklich noch mehr Fördermittel, sondern was uns fehlt, sind Mittel für die Regelfinanzierung“. Der Jugendverwaltung fehle schlicht das Geld um funktionierende Projekte in

regionalisieren. Die Jugendverwaltung hat sich hier bereits auf den Weg gemacht. In der Debatte über die Nachnutzung des Flugfeldes hob Gabi Vonnekold das Defizit an sozialer Infrastruktur an Jugendeinrichtungen, Schulen und Sportflächen - hervor. Die riesige - an dicht bebaute Gebiete grenzende - Freifläche biete die einmalige Chance daran etwas zu ändern. Das Gelände biete sich z. B. als Gelände für einen integrierten Bildungscampus an. Uwe Hammer forderte für den Landessportbund eine sofortige Öffnung der vorhandenen Sportflächen, eine Forderung die allgemein unterstützt wurde und die inzwischen auch die grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus aufgegriffen



Jugendstadträtin Gabi Vonnekold: Unsere Projekte brauchen Regelfinanzierung, um auch nachhaltig zu funktionieren...

Foto: Jochen Biedermann

hat. Während der Leiter des Neuköllner Planungsamtes, Wolfgang Borowski, die Senatsvorstellung für die Bebauung am Columbiaquartier kritisierte, glänzte diese durch Abwesenheit – man komme nicht zu Parteiveranstaltungen, ließ sie ausrichten. Zur Abschlussdiskussion war auch der Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky anwesend. Der konnte der grünen Idee eines integrierten Bildungsstandortes auf dem Flughafen-Gelände allerdings wenig abgewinnen. Doch die Chance, von Grund auf neu zu bauen, was beim Campus Rütli im Moment mühsam zusammengeführt werden muss, dürfen wir nicht verstreichen lassen. Allerdings ist klar, dass ein Neubau die vernünftige finanzielle und personelle Ausstattung aller Einrichtungen in Neukölln nicht ersetzen kann. Daran gilt es in den nächsten Jahren zu arbeiten – gemeinsam und im Austausch mit den Beteiligten vor Ort.

Die Quartiersmanagementgebiete sind dabei eine große Hilfe, aber auch die Verwaltung muss sich weiter

Jochen Biedermann

Weiterbau der A 100 jetzt stoppen

Radikales Umdenken in der Verkehrspolitik ist gefordert

Über 200 Wohnungen und über 300 Kleingärten sollen diesem Autobahnmonster weichen. Bis zum 9. April lagen die Pläne im Neuköllner und Treptower Rathaus aus, bis zum 23. April kann bei der Stadtentwicklungsverwaltung schriftlich dagegen gesprochen werden! Die neue Verkehrspolitik im Zeichen des Klimawandels erfordert ein radikales Umdenken - nicht erst seit den Horrormeldungen des Weltklimarates und der Potsdamer Klimaforscher, denn der Verkehr ist mit seiner Luftverschmutzung und -vergiftung bis zu 40 Prozent am Klimawandel beteiligt.

Diese Wende fordert auch die Lokale Agenda Berlin 21! Deshalb muss das oberste Ziel heißen: Verkehrsvermeidung und Abbau von Kfz-Leistungen.

50 Prozent aller innerstädtischen Pkw-Fahrten sind kürzer als 5 km und können problemlos durch ökologisch unbedenkliche Fahrradfahrten ersetzt werden. Von solchen Zielen ist die Senatspolitik weit entfernt, denn selbst die Erreichung der EU-Gesetzvorgaben ist der Landesregierung offenbar reichlich gleichgültig, obwohl die EU mit erheblichem Nachdruck die Reduzierung des CO₂- und NO_x-Ausstoßes einfordert.

Berlin bleibt rückständig

Stattdessen verfolgt der Berliner Senat eine auf völlig veralteten Grundlagen basierende Autobahnplanung, die leidernicht in Frage gestellt wird. Selbst beim Runden Tisch Verkehr 2009, der ja die Maßnahmen zugunsten der verkehrspolitischen Ziele nachsteuern soll, wird die A 100-Planung nicht mehr untersucht. Dabei war Anfang der 90er Jahre, kurz nach der Maueröffnung, der Verkehr in völligem Umbruch. Die Autobahnkonzepte von Westberlin wurden einfach nach Ostberlin verlängert. Die A 100-Verlängerung als Stadtstrukturmaßnahme wurde gesetzt und war somit nicht diskutierbar. Dagegen gab es beim Flächennutzungsplan '94 massenhafte Proteste und Einsprüche.

Der neu geplante 16. Bauabschnitt setzt die Stadtzerstörung unter Vorgabe einer minimalen Entlastung der Innenstadt fort. Der 16. und 17. Bauabschnitt der BAB verlaufen in Nord-Süd-Richtung, während der Stadtring-Süd und die B1/B5 in Ost-West-Richtung verlaufen. Der vor allem morgens über die B1/

B5 zum Alexanderplatz einströmende motorisierte Individualverkehr (trotz U 5-Linie unter demselben Straßenzug) wird also niemals über die geplante A 100 in den Stadtring-Süd abzuleiten sein, weil die Ziele dieser mit Pkw- und Lkw-Fahrer hauptsächlich in der Innenstadt liegen. Deshalb wird dieses Autobahnstück auch die Innenstadt nicht nennenswert entlasten, was die Senatsverwaltung vollmundig verspricht.

Wo bleibt die ökologische Stadt?

Wo sind die Planungen für eine ökologische Stadt und die verkehrspolitische Wende? Wo die Planungen für den Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel, Rad und Füße? Wo und wann wird die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene endlich verwirklicht, von der Politiker schon seit 20 Jahren reden? Wo sind die Sollzahlen und Zieldaten für diesen stadtverträglichen Verkehr, wo sind die Bundesgelder zur deren Verwirklichung? Wo sind die Szenarien für den Ausstieg aus der Öl-Wirtschaft (über 90% des motorisierten Verkehrs ist vom Öl abhängig, das in naher Zukunft nicht nur teurer, sondern - viel schlimmer! - immer knapper wird! Bildlich gesprochen fährt der Autoverkehr bereits heute aus seinem Reservetank!)?

Auffällig ist auch, dass in der Umweltverträglichkeitsstudie von den Schäden durch Bebauung von Kaltluftschneisen zur Belüftung der Innenstadt die Rede ist, aber durch die A 100 genau diese Innenstadtblüftung unterbunden wird. Trotz der bundesweit teuersten Autobahnkosten wird sie als Geldgeschenk des Bundes mit einer

10%en Zulage durch das Land Berlin verkauft - obwohl dadurch Teile dieser Stadt unbewohnbar werden. Dabei sind das alles unsere Steuergelder! Wer ruft solche Planer und Politiker endlich zur Vernunft?

Sollen wir alles selbst machen?

Wir können uns dem Widerstand durch Unterstützung der Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände und Parteien anschließen und unsere Meinung in allen Medien, in jeder Diskussion über die Lebensbedingungen und den Verkehr in dieser Stadt geltend machen. Wir können Bahnen, Busse, Fahrrad und unsere eigenen Füße häufiger nutzen, z.B. um die noch vorhandenen Grünfläche zu nutzen. Und wir können bei Wahlen - wenn auch nur mit einem Kreuzchen - Kandidat/en bzw. -innen unterstützen, die sich für bessere Lebensbedingungen einsetzen und nicht von automobilen Träumen aus den 60er und 70er Jahren leiten lassen. Diskutiert darüber mit Freunden, Nachbarn, Planern und Politikern, wo ihr sie trifft und stellt die derzeit Verantwortlichen öffentlich zur Rede!

Norbert Rheinländer;
Bürgerinitiative Westtangente



Foto: Repro

Ortstermin!

Am Dreieck Neukölln soll Deutschlands teuerstes Autobahnprojekt beginnen. 420 Millionen Euro für drei Kilometer Straße, das macht gut 130.000 Euro pro Meter. 3,2 Kilometer führt die Trasse über Neuköllner und Treptower Gebiet. Sie endet vorläufig am Treptower Park. 2017 sollen die Bauarbeiten beendet sein. Eine Verlängerung über das Ostkreuz bis zur Frankfurter Allee ist geplant, ... Dazu Franziska Eichstädt-Bohlig, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus: „Hier am Treptower Park zu enden ist absurd, weil dieser Kreuzungspunkt es nicht verträgt. Und die Weiterführung zur Frankfurter Allee ist noch viel absurder wegen der Stadtzerstörung, und auch an der Frankfurter Allee wird der Knoten nicht aufnehmen können, was so eine Autobahn mit sich bringt.“



Grüne im Abgeordnetenhaus protestieren gegen Monster-Autobahn an der Treptower Elsenbrücke

Geplante Autobahn A100 verschlechtert Lebensqualität in der „Weissen Siedlung“



Auch die Mieter der „Weissen Siedlung“ an der Aronsstraße verlieren an Wohn- und Lebensqualität durch die Betonpiste in ihrer unmittelbaren Nähe... Foto: jüb

Vom 9. März bis zum 9. April diesen Jahres lagen die Pläne für den sogenannten 16. Bauabschnitt der Autobahn 100 in den Rathäusern Neukölln und Treptow aus. Geplant ist ein 3,2 km langes, sechsspurigiges Teilstück vom Autobahndreieck Neukölln an der Grenzallee bis zur geplanten Anschlussstelle Am Treptower Park. Auch die Sonnenallee soll östlich des Estrel-Hotels eine eigene Abfahrt bekommen. Nach heutigen Planungen sind über 430 Mio. € für die Realisierung dieses Autobahnabschnitts notwendig. Der Großteil kommt aus dem Bundeshaushalt, doch auch das Land Berlin muss einen zweistelligen Millionenbetrag ausgeben, da es sich an den Planungskosten der Autobahn beteiligen muss. Außerdem müssen einige Straßen, die zur Autobahn führen werden, baulich angepasst werden.

Was bedeutet diese Planung für die Anwohner, insbesondere uns Neuköllner?

Besonders für die Anwohner der Aronsstr., die teilweise erst vor kurzem dort Eigentumswohnungen gekauft haben, werden die Folgen enorm sein. Nur wenige Meter vor ihren Fenstern soll die Autobahn in Troglage, also wie ein Tunnel ohne Deckel, verlaufen und Lärm- und Luftbelastung direkt in die Wohn- und Schlafzimmer der Anwohner bringen. Auch bis zu 7 Meter hohe Lärmschutzwände können da wenig helfen. Die Lebensqualität in der angrenzenden „Weissen Siedlung“ zwischen Dammweg, Sonnenallee, Aronsstr. und Dieselstr. wird dadurch enorm beeinträchtigt. Statt grüner Kleingarten-Idylle soll sich ein grauer Asphaltwurm von Neukölln bis nach Treptow wälzen. Darum lehnen die

Grünen den 16. Bauabschnitt der A100 kategorisch ab! Doch noch ist es nicht zu spät, die Autobahnverlängerung zu verhindern! Die Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bereiten eine Klage gegen die Autobahnverlängerung vor.

Bis zum 23. April hat außerdem jeder (!) die Möglichkeit, **Einwendungen zu schreiben**, in denen er seine persönliche Betroffenheit (keine Unterschriftenlisten!) durch die Autobahnverlängerung ausdrückt: Sei es als Steuerzahler, Kleingärtner, Anwohner oder Jogger im Treptower Park oder den Kleingärten an der Dieselstr. Formulierungshilfen und ein Formular gibt es im Internet unter „www.stop-a100.de/was-kann-ich-tun/einwendungen“

Die Einwendungen sind bis zum 23. April (Posteingang!) zu schicken an: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat GR B, Württembergische Str. 6, 10707 Berlin, Telefax: 9012-3712

Matthias Holland



BUND: Wirksamer Klimaschutz durch Verzicht auf die A 100

Die Senatsverwaltung stellt gemeinsam mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) die Auswirkungen des Klimawandels für Berlin vor. So rücken zunehmend Anpassungsstrategien in den Vordergrund, obwohl es zwingend notwendig ist, Vermeidungsstrategien zu verstärken. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) fordert deshalb vom Senat, auf den geplanten Ausbau der A100 zu verzichten.

Mit dem Autobahnbau würde die Gesamtbelastung mit Abgasen ebenso steigen wie der Ausstoß des klimaschädlichen CO₂. Darunter auch Rußpartikel, die nicht nur schwere Gesundheitsschäden verursachen, sondern sie verstärken auch maßgeblich die Klimaerwärmung durch Treibhausgase wie CO₂. Und der Verkehr verursacht in Berlin über 20 Prozent des CO₂-Ausstoßes, das sind über 5 Millionen Tonnen des Treibhausgases. Die Verlängerung der Stadtautobahn ist laut BUND verkehrspolitisch völlig unsinnig und steht den Zielen des klimapolitischen Arbeits- und des Landesenergieprogramms entgegen. Einer geringfügigen Verlagerung von Verkehr aus einigen Straßen würde ein hoher Anteil von neu induziertem

Verkehr gegenüber stehen. Martin Schlegel, Fachreferent für Verkehrspolitik beim BUND, meint dazu: „Da die Verbindung von Neukölln nach Treptow für Autofahrer zukünftig attraktiver erscheint, werden sich mehr Menschen für das Auto entscheiden als für die S-Bahn oder das Fahrrad. Die im Stadtentwicklungsplan „Verkehr“ formulierten Umweltziele wären so nicht zu erreichen. Verkehrsverlagerungen führen nicht zu einer CO₂-Reduktion. Der Senat will 430 Millionen Euro für ein Projekt investieren, dessen Entlastungswirkung mehr als fragwürdig ist und das zudem klimaschädlich ist. Wenn Berlin seine Klimaschutzziele auch im Verkehrssektor erreichen will, muss auf den Weiterbau der Stadtautobahn verzichtet werden!“ BUND



Unter der Lupe

Des Stachels bunte Seite

Gefunden in Neukölln:

Der gute Mensch von Neukölln

Die türkisch-deutsche Vielfalt hat einen Namen: Kazim Erdoğan

Erdoğan, Kazim, geboren am 11.06.1953 in Sivas /Türkei, lebt seit Februar 1974 in Berlin. An der Freien Universität studierte er Psychologie und Soziologie. Danach arbeitete er von 1980 bis 1989 als Hauptschullehrer im Bezirk Tiergarten. Dann - von September 1989 bis August 2003 - war er als Schulpsychologe in Schöneberg tätig. Und seit August 2003 ist Kazim Erdogan hier in Neukölln im Psychosozialen Dienst des Bezirksamtes, Abteilung Jugend, beschäftigt. Neben dieser Tätigkeit leitet und betreut er viele ehrenamtliche Projekte: Wochen der Sprache und des Lesens in Neukölln, Eltern in der Schule, Eltern in der Kita, Väter und Männer im Gespräch, Mütter im Gespräch, Soziale Rechtsberatung, um nur einige zu nennen.



Kazim ist Gründer der „Initiative für ein noch besseres Neukölln“ und Vorstandsvorsitzender des Vereins Aufbruch Neukölln e.V.

Für seine Verdienste wurde er mit mehreren Preisen ausgezeichnet u.a.

„Das Band für Mut und Verständigung 2007“.

Wegen all seiner Tätigkeiten und Verdienste in und für den Bezirk Neukölln und seine Bürgerinnen und Bürger ist Kazim Erdogan ein heißer Favorit für die „Neuköllner Ehrennadel“, das meinen die Neuköllner Grünen... jüb

34 Jahre, ein deutscher Pass, zwei Kinder und viele Freunde...

Von Kazim Erdoğan

Wie ich nach Berlin kam?

Ich wollte hier studieren: Soziologie und Psychologie. Und dann wieder in die Türkei zurückkehren. Aber als es dann soweit war, regierten die Nationalisten in der Türkei. Ich blieb vorläufig. Was ist daraus geworden? 34 Jahre, ein deutscher Pass, zwei Kinder und viele Freunde in dieser Stadt. Fühle ich mich als Berliner? Gewiss!

Warum ich mich engagiere?

Schon während meines Studiums übernahm ich ein Ehrenamt. Ich half türkischen Bewohnern in Berlin, Formulare aller Art auszufüllen, ich begleitete sie zu Ämtern, übersetzte und unterstützte sie in Fragen der schulischen Förderung ihrer Kinder. 10 Jahre Tätigkeit als Hauptschullehrer im damaligen Bezirksamt Tiergarten führten mir die Lebenssituation der Kinder und ihrer Eltern in dieser Stadt vor Augen: Isolation, Kommunikationslosigkeit zwischen den verschiedenen Kulturen, Unverständnis für die Biografien der jeweils anderen Menschen. Zugleich bemerkte ich aber auch die Bereitschaft vieler Menschen, voneinander zu lernen, neugierig auf den und das Andere zu sein, Neues zu schaffen.

Was mich antreibt?

Genau diese Erfahrung war und ist für mich der Motor, die verschiedenen Kulturen in dieser Stadt zusammenzuführen, Kultur als das, was sie tatsächlich ist, erfahrbar werden zu lassen: Begegnung, Lernen und Freude an der Entwicklung in allen Lebensbereichen. Im Jahre 1989 – im Wendejahr – wandte ich mich der Schulpsychologie im Bezirk Schöneberg zu. Nebenbei arbeitete ich in Gruppen Schule und Migration, Arbeitsgemeinschaft der Lehrer, in der

Mieterberatung, als Vorstandsmitglied im Verein und Personalratsmitglied mit.

Doch es tauchen immer wieder neue Begriffe auf, wie zum Beispiel bildungsferne Familien, Menschen mit Migrationshintergrund, Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, Parallelgesellschaften, Islamophobie, häusliche Gewalt usw.

Was wir tun müssen?

Seitdem ich in Berlin lebe und arbeite, haben wir viel geredet und geschrieben. Deshalb ist jetzt die Zeit gekommen, zügig zu handeln.

Es ist und sollte unsere Aufgabe sein, nicht wegzuschauen, sondern durch konsequente, ehrenamtliche Arbeit die anstehenden Probleme zu bekämpfen. Dazu rufe ich alle gesellschaftlichen



Kazim diskutiert mit einer Vätergruppe...

Wir sollten nicht ständig darüber reden, was uns voneinander unterscheidet und trennt.

Vielmehr sollten wir uns Gedanken darüber machen, was uns verbindet und wie wir gemeinsam etwas bewegen können.

Kräfte, Einrichtungen und Verbände auf mitzuwirken. Denn wenn ich nicht mit anfasse, wenn wir alle nicht mitanfassen, wie soll dann eine Verbesserung für alle realisiert werden?

(aus: Berlin Deutsch-Türkisch, Einblicke...)



Auch ein Projekt von Kazim Erdoğan: Wochen der Sprache und des Lesens in Neukölln 2008

Damals war's ...

Berlin stimmt ab: Mietpreisbindung als Dauerrecht
Neuköllner Stachel Kostenlos
Zeitung der Alternativen Liste – Bezirksgruppe Neukölln

... vor 25 Jahren:

Im Mai 1984 war im Neuköllner Stachel, Zeitung der Alternativen Liste zu lesen:

AL gegen Verkehrsberuhigung?

So behauptet es jedenfalls die SPD in einem Flugblatt ihrer 2. und 3. Abteilung.

Beantragt hatte die SPD in der Bezirksverordnetenversammlung vom 22. Februar die Schließung 1. der Nansenstr. an der Weserstr., 2. des Reuterplatzes zwischen Nansen- und Reuterstr., 3. des Efeuweges an der Neuköllner Straße. Die Maßnahmen wurden im Wirtschaftsausschuss diskutiert und dann in der BVV vom 28. März einstimmig beschlossen - ein ganz normaler Vorgang.

Weiterhin wollte die SPD die Sperrung des Weigandufers zwischen Wildenbruch- und Fuldastraße erreichen. Die AL-Fraktion beantragte die Überweisung des Antrags in den Ausschuss, um darüber beraten zu können, ob eine vollständige Sperrung die geeignete Lösung ist - oder ob es noch bessere Möglichkeiten gibt (beispielsweise eine Verkehrsberuhigung in dem Sinne, dass nur der Durchgangsverkehr herausgehalten wird, Anwohner aber die Straße - wenn auch langsamer - weiter befahren können und keine zusätzlichen Umwegfahrten durch andere Wohnstraßen machen müssen). Die SPD weigerte sich jedoch, über das ganze nochmals ausführlich zu reden, und konnte so nicht verhindern, dass ihr Antrag bei Enthaltung der AL durch die Stimmen der CDU abgelehnt wurde...

Die AL lehnt also Verkehrsberuhigung ab? Im Gegenteil: Die SPD ist nicht bereit, über Verkehrsberuhigung umfassend und ernsthaft zu diskutieren. Krönung ihrer Vorstellungen aber ist es, die Wiedereröffnung der Lohmühlenbrücke (bzw. deren Neubau) für den Fahrzeugverkehr zu fordern und so eine Rennstrecke für LKWs vom Industriegebiet an der Grenzallee über Ziegrastraße und Kiehlufer nach Kreuzberg zu schaffen: Das heute wegen seiner Abgeschiedenheit...verkehrsberuhigte Wohngebiet zwischen Harzer Straße und Kiehlufer hätte so erhebliche Mengen an Verkehr zu „ertragen“ - der zu schließende Schleichweg durch das Weigandufer wäre dank der SPD am Kiehlufer wieder eröffnet! Mit den Stimmen von AL und CDU wurde dieser Antrag abgelehnt - auch solche „Koalitionen“ sind leider manchmal notwendig.

Abgewrackt...

Sicher sind schon einige Expertinnen und Experten aus der Philologen-Szene unterwegs nach einem neuen „Unwort“ des Jahres. Und ganz vorne unter den vielen Möglichkeiten liegt wohl das Wort „Abwrackprämie“! Leute, die den negativen Wortsinn umdrehen wollen, nennen dieses Wortungetüm blödsinniger Weise auch Umweltprämie. Schönen Dank, sagt da die Umwelt. Denn was wird hier prämiert? Nicht etwa ein Ding, das sich besonders um den Schutz der Umwelt verdient gemacht hätte, sondern ein Auto! Und nicht ein besonders umweltfreundliches Auto (falls es das überhaupt gibt!), sondern nur ein Auto überhaupt. Ganz egal, wie und unter welchen Umständen es hergestellt wurde, und mit wie viel klimaschädlichen Treibhausgasen es zusätzlich die Umwelt verpestet. Eine Abwrackprämie kann der erhalten, der ein altes - mehr als neunjähriges - Auto verschrottet und sich ein neues kauft. 2.500 Euro bekommt er dafür vom Staat, also von uns allen. Damit stützen wir die „notleidende“ Autoindustrie in der Krise, die in den vergangenen Jahrzehnten es bewusst und sträflich unterlassen hat, sich um alternative Antriebe, um verbrauchsarme Motoren, um weniger Schadstoffausstoß zu bemühen. Stattdessen wurden die Autos nur größer und schneller! Und das alles unter den schläfrigen Augen einer lobbygesteuerten Regierung jedweder Farbgebung. Statt mit Mindestlöhnen und auskömmlichen Hartz-IV-Sätzen gegen die Wirtschaftskrise anzugehen und für mehr Konsum zu sorgen, sorgt sich die Große Koalition nur für das Wohlergehen einer PS-hörigen Parallelgesellschaft aus Industrie und Autofahrern. Was macht man mit einer solchen Großen Koalition? Abwracken!

Meint Jürgen Biele



Der letzte Punkt

Was Neuköllner Bezirksverordnete nicht zu Stande brachten, die Kreisverbänder der Neuköllner CDU schafften es: Sie haben ihre Vorsitzende Stefanie Vogelsang abgewählt! „Niemand hat zuvor etwas gesagt“, klagt sie nun. Vielleicht haben die Kreisfürsten der CDU die „negative Grundstimmung“ eher wahrgenommen als Vogelsang. Sicher haben sie auch Debatten um ihre Stadträtin in der BVV erlebt!